

Das Bundesverfassungsgericht

Schlaich / Koriath

13. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-82109-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Schlaich/Korioth
Das Bundesverfassungsgericht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Bundesverfassungsgericht

Stellung, Verfahren, Entscheidungen

Ein Studienbuch

begründet von

Dr. Klaus Schlaich

ehem. o. Professor an der Universität Bonn

seit der 5. Auflage fortgeführt von

Dr. Stefan Koriath

o. Professor an der Universität München

13., neu bearbeitete Auflage, 2025

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Schlaich/Korioth BVerfG Rn. 1


beck-shop.de
beck.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82109 7
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82110 3

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestr. 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die 13. Auflage des Lehrbuchs berücksichtigt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bis einschließlich Band 164 der amtlichen Entscheidungssammlung, die Literatur bis Ende 2023, in Einzelfällen darüber hinaus.

Die bei dieser Neuauflage nötigen umfassenden redaktionellen Neubearbeitungen verlangten eine neue Zählung der Randnummern und teils veränderte Gliederungsebenen. Inhaltlich sind vor allem die Abschnitte zur Richterwahl, zum einstweiligen Rechtsschutz und zum Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zu anderen Gerichten überarbeitet worden. Die erst nach Redaktionsschluss vom Gesetzgeber beschlossene Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Bundesverfassungsgericht findet vorerst nur kurz Erwähnung. Eine ausführliche Darstellung der Neuerungen wird sich in zukünftigen Neuauflagen finden.

Mein Dank gilt in erster Linie Frau Lisa-Marie Schmidt, die mit Umsicht, kenntnisreich und mit großem Engagement diese Neuauflage vorbereitet hat. Ich danke ferner Herrn Max Hopp, Herrn Joshua Reifenrath, Herrn Leopold Heckel, Frau Sarah Reiser, Herrn Michael Rapp, Frau Joyce Marmonti und Frau Gabriele Steiger für wertvolle Unterstützung.

Oldendorf/München im Mai 2024

Stefan Koriath



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil. Grundlagen, Stellung und Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts	1
§ 1. Grundlagen	1
§ 2. Das Bundesverfassungsgericht als Gericht und Verfassungsorgan ...	20
§ 3. Die Organisation des Bundesverfassungsgerichts: Senatsprinzip, Mehrheitsprinzip, Richter und Richterwahl, wissenschaftliche Mitarbeiter	27
2. Teil. Verfahrensgrundsätze und Verfahrensarten	43
§ 4. Grundsätze des Verfahrens und Zugang zum Bundesverfassungsgericht	43
§ 5. Das Organstreitverfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG	65
§ 6. Die föderativen Streitigkeiten	86
§ 7. Normenkontrollverfahren	96
§ 8. Die Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG	156
§ 9. Weitere Verfahren	249
3. Teil. Die Abgrenzung zu den Zuständigkeiten und Verfahren weiterer Gerichte (Landesverfassungsgerichte, EuGH und EGMR)	271
§ 10. Abgrenzung zu den Zuständigkeiten der Verfassungsgerichte der Länder	272
§ 11. Das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zu EuGH und EGMR	284
4. Teil. Die Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht	318
§ 12. Der Entscheidungsausspruch und seine Folgen	318
§ 13. Die Sicherung der Entscheidungsmacht und der Wirksamkeit der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	361
5. Teil. Das Bundesverfassungsgericht im Gefüge der Staatsfunktionen	394
§ 14. Aufgaben und Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	396
§ 15. Das Bundesverfassungsgericht und der Gesetzgeber	407
§ 16. Die Autorität des Bundesverfassungsgerichts	420
Literaturverzeichnis (nach Zitierweise geordnet)	425
Stichwortverzeichnis	499

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI

1. Teil. Grundlagen, Stellung und Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts

1	1
§ 1. Grundlagen	1
I. Das Bundesverfassungsgericht im Vergleich	1
II. Die Tätigkeitsfelder des Bundesverfassungsgerichts – ein erster Überblick	5
1. Kontrolle von Gerichtsentscheidungen	6
2. Kontrolle der Exekutive	6
3. Kontrolle von Gesetzgebungsakten	6
4. Verfassungsgerichtliche Streitentscheidung zwischen Verfassungsorganen einschließlich der föderativen Streitigkeiten	7
5. Weitere Aufgaben	7
III. „Verfassungsgerichtsbarkeit“: eine bloße Sammelbezeichnung? ..	7
IV. Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassung	9
1. Das Grundgesetz als „unmittelbar geltendes Recht“ – der Vorrang der Verfassung	9
2. Reichweite der Verfassungsgerichtsbarkeit und Interpretation der Verfassung	10
a) Kompetenzerweiterung durch Grundrechtsinterpretation ..	12
b) Verfassungswidrigkeit von belastenden Gesetzen stets eine Grundrechtsverletzung	13
c) Ausweitung des Kontrollbereichs gegenüber Gerichtsurteilen	14
V. Verfassungsrechtsprechung durch die Gerichte	15
1. Der Gang zum Bundesverfassungsgericht: auch ein Umweg ..	15
2. Zur Terminologie „Bundesverfassungsgericht und Fachgerichte“	17
VI. Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof	18
§ 2. Das Bundesverfassungsgericht als Gericht und Verfassungsorgan ...	20
I. Der besondere organisatorische Status des Gerichts als Verfassungsorgan	20
1. Geschäftsordnungsautonomie	21
2. Ressortfreiheit	22
3. Stellung der Richter	22
II. „Verfassungsorgan“: ein Kompetenztitel zur Überschreitung der Grenzen richterlicher Tätigkeit?	22
§ 3. Die Organisation des Bundesverfassungsgerichts: Senatsprinzip, Mehrheitsprinzip, Richter und Richterwahl, wissenschaftliche Mitarbeiter	27

I. Senatsprinzip und Mehrheitsprinzip	27
1. Die Senate und das Plenum	27
2. Die Kammern	29
3. Die Beschwerdekammer	29
4. Mehrheitsentscheidung und Losverfahren	29
5. Sondervotum	31
II. Richter und Richterwahl	35
1. Die Qualifikation der Richter	35
2. Die Wahl der Richter	37
3. Das Verfahren der Richterwahl in der Diskussion	41
III. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter	42
2. Teil. Verfahrensgrundsätze und Verfahrensarten	43
§ 4. Grundsätze des Verfahrens und Zugang zum Bundesverfassungsgericht	43
I. Grundsätze des Verfahrens	43
1. Lückenhaftigkeit der Prozessordnung – keine Verfahrensautonomie	43
2. Antragsersfordernis, Prozessvertretung und Untersuchungsgrundsatz	45
3. Verfahrensbeteiligung und -beitritt, Äußerungsrechte	48
a) Beteiligte	48
b) Beitritt zum Verfahren	49
c) Äußerungsrechte	49
4. Vergleich und vergleichsweise Streitschlichtung	51
5. Mündliche Verhandlung	52
6. Abweisung a limine (§ 24 BVerfGG)	52
7. Ausschluss und Befangenheit eines Richters	54
8. Kosten, Missbrauchsgebühr, Auslagen	60
II. Der Zugang zum Bundesverfassungsgericht	61
1. Keine Generalklausel	61
2. Statistik der Entscheidungen des BVerfG nach den wichtigsten Verfahrensarten	61
§ 5. Das Organstreitverfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG	65
I. Grundfragen des Organstreits	65
1. Verfassungsorgane als Träger von Rechten und Pflichten	65
2. Historische Bezüge	66
3. Verpflichtende Wirkung der Entscheidung im Organstreit	68
4. Gewichtige Entscheidungen im Organstreitverfahren	69
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	70
1. Parteifähigkeit	70
a) „Oberste Bundesorgane“	71
b) Organeile und „andere Beteiligte“ iSd Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG	71
aa) Teile und Untergliederungen oberster Bundesorgane	71
bb) „Andere Beteiligte“ iSd Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG	73

2. Streitgegenstand	77
3. Antragsbefugnis, Rechtsschutzbedürfnis	79
4. Frist	82
5. Prüfungsmaßstab	83
III. Entscheidung	83
IV. Besondere Regelungen zum Organstreitverfahren	83
§ 6. Die föderativen Streitigkeiten	86
I. Bund-Länder-Streitigkeiten verfassungsrechtlicher Art nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG	86
1. Verfahrensgestaltung und Zulässigkeitsvoraussetzungen	86
2. Bedeutung des Bund-Länder-Streits heute	89
II. Die Verfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG, §§ 13 Nr. 8, 71 ff. BVerfGG und nach Art. 99 GG, §§ 13 Nr. 10, 73 ff. BVerfGG	92
1. Bund-Länder-Streit nichtverfassungsrechtlicher Art (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 Var. 1 GG)	92
2. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit zwischen den Ländern (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 Var. 2 GG)	93
3. Verfassungsrechtliche Streitigkeit innerhalb eines Landes (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 Var. 3 GG und Art. 99 GG)	94
III. Verfahren nach Art. 93 Abs. 3 GG iVm § 24 Abs. 5 S. 3 des Gesetzes zu Art. 29 GG	96
IV. Richtervorlagen gemäß §§ 50 Abs. 3 VwGO, 39 Abs. 2 SGG	96
§ 7. Normenkontrollverfahren	96
I. Richterliche Normenkontrolle – Grundlagen	96
1. Formen der Normenkontrolle. Historische Wurzeln	97
a) Föderativ veranlasste Normenkontrolle	97
b) Das richterliche Prüfungsrecht	98
c) Konzentration der Normenkontrollbefugnis bei einem einzigen zentralen Gericht	100
2. Verfassungsgerichtliche Normenkontrolle als Rechtsprechung	101
3. Die verschiedenen Verfahren der Normenkontrolle beim BVerfG	102
II. Die „abstrakte“ Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG) und die besonderen Fälle nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2a GG, §§ 13 Nr. 6a, 76 ff. BVerfGG; Art. 93 Abs. 2 GG, §§ 13 Nr. 6b, 97 BVerfGG	104
1. Die abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG)	104
a) Grundfragen	104
b) Zulässigkeitsvoraussetzungen	106
aa) Antragsberechtigung	106
bb) Antragsgegenstand	107
cc) Antragsgrund	109
dd) Prüfungsmaßstab	110
c) Entscheidung	111
2. Das Kompetenzkontrollverfahren nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2a GG, §§ 13 Nr. 6a, 76 ff. BVerfGG	111

a)	Grundlagen	111
b)	Zulässigkeitsvoraussetzungen	112
aa)	Antragsberechtigung und Antragsgegenstand	112
bb)	Antragsgrund	112
cc)	Form und Frist	113
c)	Begründetheit	113
d)	Entscheidung	113
3.	Das Kompetenzfreigabeverfahren nach Art. 93 Abs. 2 GG, §§ 13 Nr. 6b, 96 BVerfGG	115
a)	Grundlagen und Charakter des Verfahrens	115
b)	Zulässigkeitsvoraussetzungen	115
aa)	Statthaftigkeit und Antragsgegenstand	115
bb)	Antragsberechtigung	116
cc)	Besonderes Rechtsschutzbedürfnis	116
dd)	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	118
ee)	Form und Frist	118
c)	Prüfungsumfang	119
d)	Entscheidung	119
4.	Das Normbestätigungsverfahren	121
III.	Die „konkrete“ Normenkontrolle (Richtervorlage) nach Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG	122
1.	Grundfragen	122
a)	Richterliche Normprüfungs- und -verwerfungskompetenz	122
b)	Zweck des Vorlageverfahrens	123
c)	Praktische Bedeutung des Verfahrens	126
2.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	127
a)	Vorlageberechtigung	127
b)	Vorlagegegenstand	128
c)	Vorlagerecht und Vorlagepflicht der Gerichte (Vorlagegrund)	131
aa)	Richterliche Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit des anzuwendenden Gesetzes	131
bb)	Entscheidungserheblichkeit	132
(1)	Entscheidungsbegriff des Art. 100 Abs. 1 GG	134
(2)	Andere Entscheidung bei Gültigkeit oder Ungültigkeit der Norm	134
(3)	Entscheidungserheblichkeit und Subsidiarität der Verfassungsgerichtsbarkeit	136
(4)	Keine Entscheidungserheblichkeit bei Verstoß gegen Unionsrecht	140
(5)	Ausnahmen vom Erfordernis der Entscheidungserheblichkeit	140
(6)	Entgegenstehende Rechtshängigkeit und Gesetzeskraft nach § 31 Abs. 1, 2 S. 1 BVerfGG	140
(7)	Kein Anspruch der Prozessparteien auf eine Vorlage an das BVerfG	141
d)	Prüfungsmaßstab	141
3.	Verfahrensablauf und Entscheidung	142

IV. Das Verfahren der Normverifikation und Normqualifikation nach Art. 100 Abs. 2 GG, §§ 13 Nr. 12, 83 ff. BVerfGG	144
1. Bedeutung und Einordnung: prozessuales Gegenstück zu Art. 25 GG	144
a) Ziel und Funktion des Verfahrens	144
b) Abgrenzung zum Verfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG	146
c) Begriffliche Qualifizierung	146
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	147
a) Vorliegen eines Rechtsstreits	147
b) Zweifel (und Zweifler)	147
c) Vorlagegegenstand	149
d) Entscheidungserheblichkeit	149
3. Die Entscheidung	149
V. Die Divergenzvorlage nach Art. 100 Abs. 3 GG, §§ 13 Nr. 13, 85 BVerfGG	150
1. Bedeutung und Einordnung	150
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	151
a) Vorlageberechtigte Gerichte	151
b) „Entscheidung“ im Sinne von Art. 100 Abs. 3 GG	152
c) „Abweichen“	152
d) Entscheidungserheblichkeit	152
3. Entscheidung und Entscheidungswirkungen	153
VI. Das Verfahren nach Art. 126 GG, §§ 13 Nr. 14, 86 ff. BVerfGG	153
VII. Die „kommunale Verfassungsbeschwerde“ nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4b GG, §§ 13 Nr. 8a, 91 BVerfGG	153
§ 8. Die Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG	156
I. Die Verfassungsbeschwerde im allgemeinen Rechtswegesystem	156
1. Die Verfassungsbeschwerde und die Rechtsweggarantie nach Art. 19 Abs. 4 GG	158
2. Funktion und Bedeutung der Verfassungsbeschwerde	161
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	163
1. Beschwerdefähigkeit	163
2. Verfahrensfähigkeit	166
3. Beschwerdegegenstand	167
4. Beschwerdebefugnis: Behauptung einer Grundrechtsverletzung	170
a) Verletzung von Grundrechten	171
aa) Zulässiger Prüfungsmaßstab	171
bb) Der Verstoß von Rechtsnormen und Gerichtsurteilen gegen die (Verfassungs-)Rechtsordnung im Übrigen als Grundrechtsverletzung	173
cc) Abgrenzungen	176
b) Die Behauptung, verletzt zu sein	177
aa) Eingriff („überhaupt beschwert“)	177
bb) „selbst, gegenwärtig und unmittelbar“ verletzt	179
(1) Selbstbetroffenheit	180
(2) Gegenwärtige Betroffenheit	181

(3) Unmittelbare Betroffenheit	182
5. Fristen	186
6. Vorherige Erschöpfung des Rechtswegs nach § 90 Abs. 2 BVerfGG und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	187
a) Die Regel: Rechtswegerschöpfung	187
aa) Subsidiarität als Oberbegriff	187
bb) Fallgruppen	189
(1) Rechtswegerschöpfung im engeren Sinn	189
(2) Formelle Subsidiarität	192
(3) Materielle Subsidiarität	192
(a) Neuer Tatsachenvortrag	192
(b) Verfahrensfehler	193
(c) Verfassungsrechtlicher Vortrag vor den Fachgerichten	193
cc) Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz	194
b) Die Ausnahme: Vorabentscheidung des BVerfG (§ 90 Abs. 2 S. 2 BVerfGG)	195
c) Keine Anwendbarkeit des § 90 Abs. 2 BVerfGG bei Verfassungsbeschwerden unmittelbar gegen Gesetze	196
7. Rechtsschutzbedürfnis	200
III. Die Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung (§§ 93a ff. BVerfGG)	201
1. Eintragung im „Allgemeinen Register“ seitens der Gerichtsverwaltung	202
2. Pflicht zur Annahme der Verfassungsbeschwerde (§ 93a Abs. 2 BVerfGG)	203
a) § 93a Abs. 2 lit. a BVerfGG	204
b) § 93a Abs. 2 lit. b BVerfGG	204
3. Ablehnung der Annahme durch die Kammer (§§ 93b S. 1, 93d Abs. 1, 3 BVerfGG)	205
4. Stattgebende Entscheidung durch die Kammer (§§ 93b S. 1, 93c BVerfGG)	207
5. Annahme durch den Senat (§ 93b S. 2 BVerfGG)	208
6. Beurteilung des Annahmeverfahrens	209
a) Nichtannahmeentscheidung: keine Sachentscheidung . . .	209
b) Stattgebende Kammerentscheidungen	210
c) Richterablehnung im Kammerverfahren	212
d) Doppelfunktion der Verfassungsbeschwerde: Garantie des individuellen Rechtsschutzes und Wahrung der Verfassung	212
e) Der maßgebliche Gesichtspunkt: die Konzentration des BVerfG auf Fragen von grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Bedeutung	214
IV. Die Entscheidung	216
V. Prüfungsumfang des Bundesverfassungsgerichts bei der Urteilsverfassungsbeschwerde	217
1. Bundesverfassungsgericht kein Superrevisionsgericht	219

2. Der beschränkte Umfang der Nachprüfung durch das BVerfG	221
a) Kontrolle der Tatsachenfeststellung und der Würdigung des Einzelfalls	221
b) Kontrolle des Urteilsinhalts	221
aa) Einfluss der Grundrechte auf Auslegung und Anwendung des einfachen Rechts	221
bb) Konkretisierung der Prüfungskriterien	223
(1) Grundrechtsrelevante Fehler bei Auslegung und Anwendung des einfachen Rechts	223
(a) Der Richter hat nicht erkannt (Defizit)	224
(b) Der Richter hat „grundsätzlich“ verkannt (Fehleinschätzung)	224
(2) Grundrechtsverstoß durch das Entscheidungsergebnis	226
(3) Objektiv unhaltbare und deshalb willkürliche Gerichtsentscheidungen	227
(4) Überschreitung der verfassungsrechtlichen Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung	228
(5) Zusätzliche Gesichtspunkte	230
(a) „Fließende Grenze“	230
(b) Intensität des Grundrechtseingriffs	231
(6) Kritik der Literatur an der Rechtsprechung	236
c) Kontrolle des gerichtlichen Verfahrens	240
aa) Grundrechtsverstöße durch das gerichtliche Verfahren	240
bb) Verletzung rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG)	242
d) Kontrolle des zugrundeliegenden Gesetzes	244
3. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Bestimmung des Prüfungsumfangs	245
§ 9. Weitere Verfahren	249
I. Verfassungsschutzverfahren	249
1. Anklageverfahren gegen den Bundespräsidenten gemäß Art. 61 GG, §§ 13 Nr. 4, 49 ff. BVerfGG	249
2. Richteranklagen gemäß Art. 98 Abs. 2, 5 GG, §§ 13 Nr. 9, 58 ff. BVerfGG	250
3. Grundrechtsverwirkungungsverfahren nach Art. 18 GG, §§ 13 Nr. 1, 36 ff. BVerfGG	251
4. Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 Abs. 2, 4 GG, §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG und Verfahren über den Ausschluss von staatlicher Parteienfinanzierung nach Art. 21 Abs. 3, 4 GG, §§ 13 Nr. 2a, 43 ff. BVerfGG	251
a) Allgemeines	251
b) Die beiden in Art. 21 GG normierten Verfahrensarten	252
c) Prozessuales und Rechtsfolgen	255
d) Bisherige Parteiverbotsverfahren	256
II. Wahlprüfungsverfahren, insbesondere Wahlprüfungsbeschwerde zum BVerfG nach Art. 41 Abs. 2 GG, §§ 13 Nr. 3, 48 ff. BVerfGG	257

III. Nichtanerkennungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4c GG, §§ 13 Nr. 3a, 96a–d BVerfGG	261
1. Hintergrund	261
2. Beschwerdeberechtigung und Vertretung	262
3. Rechtsschutzinteresse	264
4. Form und Frist	264
5. Verfahren	264
6. Prüfungsgegenstand und -maßstab	265
7. Verhältnis zur Wahlprüfung	265
8. Erste Erfahrungen und Kritik; Änderung des EuWG	266
IV. Verzögerungsbeschwerde	267

3. Teil. Die Abgrenzung zu den Zuständigkeiten und Verfahren weiterer Gerichte (Landesverfassungsgerichte, EuGH und EGMR)

§ 10. Abgrenzung zu den Zuständigkeiten der Verfassungsgerichte der Länder	271
I. Zuständigkeitskonkurrenzen	272
II. Der Problemfall: Die Landesverfassungsbeschwerde	273
1. Prüfungsmaßstab	274
2. Beschwerdegegenstand	275
III. Landesverfassungsgerichte als Verfassungsinstanzgerichte?	276
§ 11. Das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zu EuGH und EGMR	283
I. Einleitung	284
II. Das Verhältnis zwischen BVerfG und EuGH	284
1. Die Position des EuGH	287
2. Der Standpunkt des BVerfG im Verhältnis zum EuGH	287
a) Die Entwicklung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung	289
b) Die aktuelle Rechtslage nach der Rechtsprechung des BVerfG: verfassungsrechtliche Grenzen des EU-Rechts und verfassungsgerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten	290
aa) Angemessener Grundrechtsschutz	297
bb) Ultra-vires-Kontrolle	298
cc) Verfassungsidentitätskontrolle	298
dd) Rechtsschutzmöglichkeiten	300
ee) Nichtvorlage an den EuGH als Verstoß gegen Art. 101 Abs. 1 S. 1 GG	302
III. Das Verhältnis zwischen BVerfG und EGMR	305
1. Der Standpunkt des EGMR	305
2. Der Standpunkt des BVerfG im Verhältnis zum EGMR	305
IV. Das Exempel des Grundrechtsschutzes	306
1. Zur Anwendbarkeit der Grundrechtsordnungen	306
a) Zur parallelen Anwendbarkeit des unionalen und des grundgesetzlichen Grundrechtsschutzes	306
b) Zur parallelen Anwendbarkeit der EMRK und des grundgesetzlichen Grundrechtsschutzes	309

2. Abstimmungsregeln	311
3. Verbleibende Konfliktsituationen	313
V. Ausblick	313
4. Teil. Die Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht	318
§ 12. Der Entscheidungsauspruch und seine Folgen	318
I. Der Entscheidungsauspruch bei Unzulässigkeit und Unbegründetheit	318
II. Der Entscheidungsauspruch in Organstreitverfahren und organstreitähnlichen Verfahren	319
III. Der Entscheidungsauspruch bei Urteilsverfassungsbeschwerden	320
IV. Der Entscheidungsauspruch bei Normenkontrollen	321
1. Die Regel: Nichtigkeitserklärung verfassungswidriger Normen	321
a) Die ex tunc- und ipso iure-Nichtigkeit verfassungswidriger Gesetze	321
b) Teilnichtigkeit	323
c) Teilnichtigkeitserklärung ohne Normtextreduzierung	324
d) Rechtsfolgen der Nichtigkeitserklärung (§ 79 BVerfGG)	326
2. Entscheidungsvariante: Beschränkung auf die Unvereinbarerklärung einer verfassungswidrigen Norm	328
a) Die Erfindung des BVerfG	328
b) Zur Terminologie	329
c) Die Begründung der Unvereinbarerklärung mit der Besonderheit des Gleichheitsverstößes	330
aa) „Gleichheitswidriger Begünstigungsausschluss“	330
bb) Unzulässige Begründung der Unvereinbarerklärung allein mit „der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers“	333
cc) Begründung der Unvereinbarerklärung mit der Rechtsfolge vorläufiger Weiteranwendung der Norm für eine Übergangszeit?	333
dd) Verfassungswidrigerklärung gesetzgeberischen Unterlassens	335
ee) Zusammenfassung	336
d) Rechtsfolgen der Unvereinbarerklärung	337
aa) Aussetzung des Verfahrens bezüglich der Anlassfälle und der Parallelfälle, nicht aber der Parallelnormen	337
bb) „Anwendungssperre“ oder ausnahmsweise interimistische Anwendbarkeit des verfassungswidrigen Gesetzes? Der Wandel der Rechtsprechung	339
cc) Verpflichtung des Gesetzgebers	343
dd) Das Fehlen einer gesetzlichen Ermächtigung	346
3. Entscheidungsvariante: Die sog. Appellentscheidung	347
a) Fallkonstellationen	347
b) Rechtsfolgen	350
4. Entscheidungsvariante: Die verfassungskonforme Auslegung von Gesetzen	351

a)	Gebot der Bevorzugung der verfassungsmäßigen Auslegung	352
b)	Bindungswirkung	353
c)	Qualifizierung	354
d)	Unterschied zur „verfassungsorientierten Auslegung“	355
e)	Grenzen der verfassungskonformen Auslegung	355
V.	Freiheit und Bindung des Bundesverfassungsgerichts bei der Rechtsfolgenanordnung	358
VI.	Exkurs: Zur Frage der Fortgeltung des alten Rechts nach Nichtigerklärung eines Änderungs- bzw. Reformgesetzes	359
§ 13.	Die Sicherung der Entscheidungsmacht und der Wirksamkeit der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	361
I.	Die einstweilige Anordnung nach § 32 BVerfGG	361
1.	Zulässigkeit	363
a)	Zuständigkeit in der Hauptsache	363
b)	Antrag durch Antragsberechtigten oder Entscheidung von Amts wegen	363
c)	Rechtsschutzbedürfnis	364
d)	Vorwegnahme der Hauptsache	364
e)	Hinausgehen über mit der Hauptsache erreichbare Rechtsfolgen	365
2.	Begründetheit	365
a)	Abwägungsmodell	366
b)	Bedeutung der Erfolgsaussichten in der Hauptsache	367
c)	Ausnahmen vom Abwägungsmodell	368
d)	Dringlichkeit	369
3.	Verfahren und Entscheidung	370
a)	Urteil oder Beschluss; Begründung	370
b)	Inhalt einer einstweiligen Anordnung	370
c)	Widerspruch	372
d)	Besonderheiten im Verfassungsbeschwerdeverfahren	372
II.	Die Vollstreckung von Entscheidungen gemäß § 35 BVerfGG	374
III.	Die Bindungswirkung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gemäß § 31 Abs. 1 und 2 BVerfGG	378
1.	Rechtskraft	378
2.	Die Bindungswirkung nach § 31 Abs. 1 BVerfGG	380
3.	Bindung nach § 31 Abs. 1 BVerfGG auch an die „tragenden Gründe“ der Entscheidung?	384
a)	Unklarheit über den Umfang der „tragenden Gründe“	386
b)	Zementierung des Verfassungsrechts	387
c)	Entfernung vom jeweils einschlägigen Verfassungssatz	388
d)	Fehlen remonstrierender Untergerichte	388
4.	Die „Gesetzeskraft“ der Normenkontrollentscheidungen nach § 31 Abs. 2 BVerfGG	390
5.	Zwei historische Wurzeln der „Gesetzeskraft“ und der Verfassungsgerichtsbarkeit überhaupt	391
a)	Der Föderalismus	391
b)	Das konstitutionelle System	392

5. Teil. Das Bundesverfassungsgericht im Gefüge der Staatsfunktionen	394
§ 14. Aufgaben und Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	396
I. Selbstbeschränkung des Bundesverfassungsgerichts?	396
II. Die (neue) Fragestellung des „funktionell-rechtlichen“ Ansatzes	397
III. Das Bundesverfassungsgericht als Gericht und Kontrolleur	399
IV. Die Unterscheidung von Handlungsnorm und Kontrollnorm . .	401
1. Begrifflichkeiten	401
2. Art. 3 Abs. 1 GG als Beispiel	402
3. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Beispiel	402
V. Weitere, verselbständigte funktionell-rechtliche	
Kompetenzkriterien. Kritik	402
1. Funktionell-rechtliche Positionen	403
2. Verfassung als Maßstab zur Bestimmung der Kontrolldichte	404
§ 15. Das Bundesverfassungsgericht und der Gesetzgeber	407
I. Der „Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers“	407
II. Kontrolldichten bei Tatsachenfeststellungen und	
Prognoseentscheidungen (Drei-Stufen-Lehre)	409
1. Drei-Stufen-Lehre des Bundesverfassungsgerichts	
(Mitbestimmungsurteil)	409
2. Beurteilung	410
3. Materiell-rechtliche Determinierung der Kontrolldichte	411
4. Abschied von der Drei-Stufen-Lehre?	413
III. Ergebnis- oder auch Verhaltenskontrolle gegenüber dem	
Gesetzgeber? Die These von der optimalen Methodik der	
Gesetzgebung als Verfassungspflicht	414
IV. Gefahren aus der Kompensation parlamentarischer	
Entscheidungsdefizite durch das Bundesverfassungsgericht	418
§ 16. Die Autorität des Bundesverfassungsgerichts	420
Literaturverzeichnis (nach Zitierweise geordnet)	425
Stichwortverzeichnis	499

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG